

Vom Leben der Pfahlbauer

ARCHÄOLOGIE Wie lebte man vor 6000 Jahren am Baldeggersee? Ein neues Buch zeigt die Lebensbedingungen der Menschen auf, die in Pfahlbausiedlungen lebten. Das Buch, verfasst vom stellvertretenden Kantonsarchäologen Ebbe Nielsen, richtet sich an ein breites Publikum.

Das reich bebilderte Buch «Aus der Tiefe der Zeit. Vom Leben in den Pfahlbaudörfern in Hitzkirch-Seematt am Baldeggersee» gibt auf 92 Seiten einen vertieften Einblick in die Alltagswelt der Pfahlbauerinnen und Pfahlbauer. Dutzende Pfahlbaudörfer existierten zwischen 4100 und 2400 v.Chr. auf der Landzunge von Hitzkirch-Seematt am Baldeggersee. Die Bedingungen für Ackerbau und Tierhaltung waren günstig, die Jagd- und Fischgründe üppig. Die Pfahlbauten von Hitzkirch-Seematt gehören seit 2011 zum Unesco-Weltkulturerbe.

Reiches Fundmaterial

Nach der Absenkung des Baldeggersees



So könnte das Pfahlbaudorf Hitzkirch-Seematt ausgesehen haben.
Bild Joe Rohrer

im Jahr 1871 kamen die Reste der Pfahlbauten wieder zum Vorschein. 1938 förderte die erste nach wissenschaftlichen Kriterien durchgeführte Ausgrabung ausserordentlich reiches Fundmaterial zutage. Besonders wertvoll sind die Funde aus organischem Material, die sich im feuchten Bodenmilieu über Jahrtausende gut erhalten haben: Samen, Früchte, Gegenstände aus Holz, Geflechte und vieles mehr.

Der Umstand, dass der Kanton Luzern über ein Unesco-Weltkulturerbe verfügt, ist in der Öffentlichkeit noch wenig bekannt. Diesem Mangel will

die neue Publikation begegnen: Auf anschauliche, gut verständliche Weise bringt Ebbe Nielsen die Funde und Befunde zum Sprechen und zeichnet so ein lebendiges Bild vom Leben unserer Vorfahren. Schliesslich ist das Buch ein Aufruf, zum archäologischen Erbe Sorge zu tragen und diese einmaligen Quellen unserer schriftlosen Vergangenheit für kommende Generationen zu bewahren.

Ebbe Nielsen, Aus der Tiefe der Zeit. Vom Leben in den Pfahlbaudörfern in Hitzkirch-Seematt am Baldeggersee, Luzern. 38 Franken. Erhältlich ab sofort beim Verlag kauf+lies oder im Buchhandel.

LESERBRIEFE

Ohne Komplementärmedizin geht es nicht

Leserbrief zur Veranstaltung «Wanted: Hausärzte», die letzte Woche in der Schlossschür Willisau stattfand.

Dieser Abend ist in der Quintessenz einfach zusammengefasst. Die Hausärzte wollen Geld. Dr. Wicki brachte es auf den Punkt. Geld für den Ausbau der Praxisinfrastruktur (Parkplätze etc.), für die Anstellung von Assistenzärzten (Ausbildungskosten) etc. Wo bitte bleibt der Patient mit seinen Bedürfnissen in dieser Diskussion? Und warum nutzt man nicht die brach liegenden Ressourcen? Hier sei die Komplementärmedizin erwähnt, mit ihrem vielfältigen Therapieangebot.

Geschickt unterlassen die Podiumsteilnehmer das Thema aufzu-

greifen. Wieder einmal steht die Naturheilkunde nicht als Alternative zur Verfügung bzw. im Abseits. Aber warum? Liefern doch diverse Studien sehr gute Ergebnisse in Bezug zu Heilungserfolg, Kosten/Nutzen etc. Kommt dazu, dass das Bedürfnis und der Wunsch der Patienten nach Integration der Komplementärmedizin sehr gross und mehr und mehr gefragt ist. Warum nimmt sich die Schulmedizin bzw. nehmen sich die Hausärzte sich dieser Thematik nicht an? Von einer Zusammenarbeit ist gar nicht erst die Rede. Leider und zu meinem grossen Bedauern.

Prof. Dr. Michalsen (Schulmediziner) beschreibt die Zukunft der Medi-

zin im 21. Jahrhundert so: «Die grosse Zeit der reinen Schulmedizin ist vorbei. Chronische Krankheiten verursachen 70 bis 80 Prozent der Kosten im Gesundheitswesen. Das ist langfristig nicht finanzierbar. Die einzige Lösung: weniger operieren, weniger Medikamente und deutlich mehr Naturheilverfahren.» Ich hoffe und wünsche mir sehr, dass auch die Schulmedizin endlich erkennt, dass es die Komplementärmedizin braucht. Und zwar gleichberechtigt. Und, dass es eben nicht nur um Geld geht.

In diesem Sinne gute Besserung oder noch besser gute Gesundheit!

Michaela Alt-Nielsen,
Willisau

Neues Mobilitätsverständnis

Wir stimmen am 23. September über zwei Verkehrsvorlagen ab, die öV-Initiative auf kantonaler Ebene und die Veloinitiative auf nationaler Ebene. Die beiden Vorlagen ergänzen sich sehr gut, sie sind Sinnbild eines neuen Mobilitätsverständnisses.

Die kantonale öV-Initiative fordert eine verlässliche Finanzierung des öffentlichen Verkehrs. Der Kanton Luzern hat verschiedene Projekte in der Vergangenheit vernachlässigt. Damit die Menschen wirklich auf den öV umsteigen, damit öV-Angebote in den Randregionen nicht verschwinden und damit die Billettpreise nicht noch mehr ansteigen, braucht es ein klares Ja zu

dieser Initiative. Ein gutes öV-Angebot ist ein wichtiger Standortfaktor, sowohl für die Wirtschaft als auch die Gesellschaft. Gute und regelmässige Busverbindungen und optimale Anschlüsse an die Bahn veranlassen Menschen, sich an einem Ort niederzulassen oder eine Arbeitsstelle anzunehmen.

Die Velo-Initiative will die Förderung der Velowege analog dem Wander- und Fusswegnetz in der Verfassung verankern. Wer nicht Velo fährt, hat oft kein gutes Velonetz vor Ort und/oder getraut sich nicht, auf der Hauptstrasse neben Lastwagen und schnellen Autos zu fahren. Oftmals endet der Radweg am

Ende der Gemeinde- oder Kantonsgrenze. Besser vernetzte und gut ausgebaute Radwege, ein aktualisiertes Radroutenkonzept und weitere Fördermassnahmen sollen das Velofahren attraktiver und vor allem sicherer machen.

Wenn mehr Menschen mit dem Velo und mit dem öV unterwegs sind, entlastet dies die Strassen. Es ist aber auch ein wichtiger Beitrag zur Gesundheitsförderung durch mehr Bewegung und zum Erreichen von ökologischen Zielen beim Klimaschutz. Deshalb: Zweimal Ja für eine nachhaltige Mobilität.

Yvonne Zemp Baumgartner,
Kantonsrätin SP, Sursee

Weiterhin gute Bildung im Kanton Luzern

Der Regierungsrat des Kantons Luzern sagt in seiner Stellungnahme zur Initiative «Für eine hohe Bildungsqualität im Kanton Luzern»: «Wir haben schon eine sehr gute Qualität in der Luzerner Bildung.» Diese Ansicht vertritt auch das Abstimmungskomitee. In den letzten Jahren erfuhren wir aber, wie leicht und fahrlässig die Politik diese Qualität aufs Spiel setzte.

Folgende Beschlüsse, die an der Bildungsqualität kratzen, sind umgesetzt worden: 1. Sämtliche Mittel- und Berufsschulen wurden für eine Woche geschlossen, weil das Geld für eine volle Jahresausbildung nicht reichte. 2. Die Schliessung der Fachklasse Grafik und der Wirtschaftsmittelschule in Willisau wurden ernsthaft besprochen.

3. Für die Berufsausbildung werden Schulgelder erhoben, was gemäss Berufsbildungsgesetz nicht vorgesehen ist. 4. Die Gebühren für Instrumentalunterricht an Mittelschulen wurden wiederholt erhöht und für Freifächer eingesetzt. 5. Mit der Arbeitszeiterhöhung auf unbefristete Zeit haben sich die Rahmenbedingungen an den Schulen drastisch verschlechtert. 6. Der Lehrplan 21 muss gemäss Kantonsratsbeschluss kostenneutral eingeführt werden. Das muss mit geheimnisvollen Massnahmen möglich gemacht werden, denn eine Kostenneutralität ist Utopie und hat mit der Realität nichts zu tun.

Die Liste ist nicht vollständig. Sie zeigt aber, dass die Politik bereit ist,

gute Qualität in der Bildung einer ambitionierten Steuerpolitik zu opfern. Der Aufgaben- und Finanzplan zeigt deutlich, dass die Schiefelage der Finanzen die Qualität und das Angebot an den Schulen gefährdet. Der bisherige Abbau soll laut Regierungsrat Wyss bis jetzt nur die Lehrer, nicht aber die Schüler getroffen haben. Glauben Sie denn nicht, dass ein zufriedener Lehrer ambitioniertere Arbeit leistet? Wir wollen verlässliche Rahmenbedingungen für uns – für Ihre Kinder – für die Zukunft. Legen Sie deshalb ein überzeugtes Ja in die Urne. Danke.

Christine Bucheli, Martin Geiger,
Regionalorganisation Rottal des
Luzerner Lehrerverbandes LLV

Neuer Verbandsname

BILDUNG Am 5. September trafen sich 66 Mitglieder und Gäste des Verbandes der Bildungskommissionen Kanton Luzern zur 36. Generalversammlung im Sekundarschulhaus in Zell.

Aufgrund der Teilrevision des Volksschulbildungsgesetzes musste die Bezeichnung Schulpflege durch den Begriff «Bildungskommission» ersetzt werden. Das hiess für den Verband der Bildungskommissionen Kanton Luzern, einen neuen Namen zu suchen. Er entschied sich für VBLU, Verband Bildungskommission Kanton Luzern.

Für die Gestaltung des Logos wurde ein Grafiker beauftragt, welcher bei der Gestaltung folgende Grundsätze beachten musste: Die Schule soll als wandelnder und entwickelnder Kern dargestellt werden, die Bildungskommission als kommunal verantwortlich. Die Farbe blau im Logo soll für Bewegung, für Klarheit und die Farbe des Kantons Luzern stehen. Der Versammlung wurden der neue Name und das Logo präsentiert, welches mit Applaus quittiert wurde und guten Anklang fand.

Vorstand einstimmig bestätigt

Für dieses Jahr waren Erneuerungswahlen des Vorstandes notwendig. Die Versammlung wählte den Vorstand einstimmig für weitere zwei Jahre. In einer separaten Wahl wurde die Präsidentin, Beatrice Barnikol, ebenfalls einstimmig für weitere zwei Jahre gewählt.

Der VBLU musste sich vom Vorstandsmitglied Antonio Ragusa aus Geuensee und vom langjährigen Revisor Fritz Steiner aus Malers verabschieden. Als neuer Revisor konnte Roger Schlüssel aus Nebikon gewonnen werden. Die Versammlung genehmigte sowohl die Jahresrechnung 2017/2018 als auch das Budget 2018/2019.

Der Regierungsrat Reto Wyss, Vertreter des Verbands Luzerner Gemeinden, des Luzerner Lehrerinnen und Lehrerverbands, des Verbands der Schulleiterinnen und Schulleiter sowie der kantonalen Musikschulen überbrachten der Versammlung Grüsse und bedankten sich für die gute Zusammenarbeit. Am Schluss präsentierten die VBLU-Vorstandsmitglieder ihre vielseitigen und interessanten Aufgaben in den regionalen und kantonalen Arbeitsgruppen.

Zweimal Nein zu den Agrarinitiativen

Bei der Fair-Food- wie auch bei der Ernährungssouveränitäts-Initiative meinen die Initianten, man unterstütze damit die Schweizerische Landwirtschaft. Das ist aber ein Trugschluss. Folgendes wird eintreffen: Die Nachfrage nach heimischen Produkten wird stark zurückgehen, da durch die Forderungen der Initiativen schweizerische Agrarprodukte verteuert werden, womit der Einkaufstourismus gefördert wird.

Leider denken die meisten Konsumenten beim Einkaufen nicht mehr daran, dass die Produkte fair oder für den Produzenten kostendeckend hergestellt werden, sondern es geht nur noch um den Preis. Dies zeigt sich beispielsweise daran, dass der Grossverteiler Coop jährlich 50 000 Label-Schweine weniger übernimmt; Schweine die mit sehr hohen Standards produziert werden. Mit den beiden Initiativen wird auch ein

gewaltiger Bürokratieapparat in Gang gesetzt. Die Schweizer Landwirtschaft leidet schon an einem Korsett von Vorgaben, Reglementen und Richtlinien, die ein unternehmerisches, nachhaltiges Handeln verunmöglichen.

Wer wirklich die schweizerische Landwirtschaft unterstützen will, der soll beim Einkaufen achtgeben, dass er schweizerische Produkte mit hohen Standards saisonal einkauft und nicht Importware. Das Einkaufsverhalten der Kunden wirkt sich auf den Markt und das Angebot aus. Der verantwortungsvolle Konsument und Bürger stimmt am 23. September zweimal Nein, damit nicht eine vorgeschriebene Staatslandwirtschaft Einzug hält.

Richard Brunner, Landwirt,
Vorsitzender FDP-Fachpool
Landwirtschaft, Rain

Innovation versus Finanzmittel

Welcher Verwaltungsrat einer Firma (Regierung, Kantonsrat) richtet sich nach zukünftigen Herausforderungen aus (Lehrplan 21, Digitalisierung) und setzt diese kostenneutral um? Welche Firma mit vollen Auftragsbüchern und Umsetzungsvorgaben erhöht ihren meist hoch engagierten Mitarbeiterinnen ohne Lohnanpassung ihre Arbeitszeit während der Umsetzungszeit? Welche Firma legt die Arbeitsbedingungen so fest, dass immer weniger männliche Arbeitnehmer zu rekrutieren sind? Welche Firma setzt ihre Tochterfirmen (Gemeinden) mit zu wenig Kostentrans-

parenz unter Druck, die geeigneten Infrastrukturen (Schulräume) und deren Ausstattung (vor allem kostenintensive technische Hilfsmittel) zeitgerecht zur Verfügung zu stellen?

Am 23. September haben es die Aktionäre (Eltern, Stimmvolk) mit einem Ja zur Bildungsinitiative in der Hand, den 125-köpfigen Verwaltungsrat zu mehr Transparenz und Kostenwahrheit zu verpflichten, damit die hohen Leistungsansprüche mit fairen Mitteln und hoher Qualität umgesetzt werden können.

Fredy Muff, Nebikon

Keine staatliche Bevormundung

Am 23. September wird über die beiden Agrar-Initiativen (Fair-Food und Ernährungssouveränität) entschieden. Das Schweizer Stimmvolk entscheidet dabei, was die Schweizer Bevölkerung künftig kaufen und essen darf – es geht also faktisch um eine Bevormundung. Dem Schweizer Staat werden dabei mehr Kompetenzen und vor allem Pflichten zugeteilt. Das führt zu höheren Staatsausgaben, weil zur Überprüfung der Gesetze die Bürokratie steigt und es mehr Kontrolleure, Administration, Beamte, Zollvorschriften und Juristen braucht.

Es erscheint mir, dass wir aus reiner Bequemlichkeit dem Staat immer mehr Aufgaben zuschieben, weil wir unser eigenes Handeln nicht hinterfragen und gegebenenfalls freiwillig ändern – bei diesen Initiativen insbesondere unser Konsumverhalten. Ich möchte keine staatliche Bevormundung und wähle einen schlanken Staat. Deshalb stimme ich am 23. September zweimal Nein zu den Agrarinitiativen.

Felix Howald, Direktor Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz IHZ, Luzern